

sich auch dadurch, daß man das War Munitions Volunteer Scheme erweitert, d. h. mehr Leuten Gelgenheit gibt, sich als Munitions Volunteer einschreiben zu lassen. Diese erhalten dann eine erhöhte Beihilfe für die Familienunterstützungen (zwischen $\frac{1}{6}$ bis $\frac{2}{6}$ täglich) und freie Eisenbahnfahrten, wodurch ein großer Teil der Begründung für die Notwendigkeit der Abwanderung hin-fällig wird.

Diese Abschaffung der Abkehrscheine ist jedenfalls eine Frage, die die Werftarbeiter besonders berührt, da bei ihnen der Wunsch nach Veränderung ein besonders großer sein soll. In schottischen Werftbetrieben wird daher auch schon geklagt — und zwar im Widerspruch zu obiger Mitteilung des Preßbureaus, wonach die Regelung erst am 15. Oktober in Kraft treten soll, schon Mitte September — daß die vielfachen Abwanderungen die Arbeitsergebnisse beeinträchtigen.

Einen entscheidenden Sieg haben die Arbeiter auch dadurch errungen, daß der Plan, die „dilution“ auf private Betriebe auszudehnen, endgültig fallengelassen wurde. Der frühere Munitionsminister, der sich in dieser Hinsicht einmal festgelegt hatte, ist abgeteilt und Churchill, der sich nicht präjudiziert hatte, konnte auf die Einführung der „dilution“ verzichten. Man hat damit jedenfalls einen Punkt aus der Welt geschafft, der viel Streit und Zank verursachte und an dem festzuhalten der Regierung vielleicht mehr geschadet als genützt hätte. Trotzdem ist allerdings die Verteilungsfrage der Arbeitskräfte wichtig und man kann ohne eine gewisse Regelung nicht auskommen. So wird in kurzer Zeit eine neue Besprechung zwischen Arbeit-

gebern und Trade Unions des Tyne Distrikts stattfinden, die über diese Frage, die schon seit mehreren Wochen unerledigt ist, beraten soll. Man tritt dafür ein, einen Ausschuß unter Vorsitz des Distrikts-Superintendent der Admiralität zu ernennen und ein Schema nach Art des North-East Coast Armament Committee aufzustellen. Jedenfalls sind sich Arbeiter und Arbeitgeber einig, daß man keine weitere Staatsaufsicht herbeiführen solle, da sich alle Beteiligten selbst ihrer Pflichten bewußt wären.

Somit sind also viele Gründe der Unzufriedenheit, die die Arbeiterschaft vorzutragen hatte, aus dem Wege geräumt. Die Differenzen über Löhnungsfragen dauern aber an. Eine Gleichheit scheint man noch nicht schaffen zu können. Kürzlich erhielten die am Standardschiffbau beschäftigten Arbeiter des Seebistrikts eine Zulage und sofort fordern die anderen Arbeiter auch 35 % mehr Lohn. Im Oktober soll das Committee on Production wieder eine neue Regelung vornehmen wollen. Es heißt, daß sich die Arbeiter geeinigt hätten, diesmal eine prozentuale Erhöhung zu fordern, die der Erhöhung der Lebensunterhaltskosten entspräche. Da letztere auf etwa 80 % geschätzt wird, steht dem Lande ja wieder eine erhebliche Mehrbelastung bevor. Allerdings sind die Arbeiter nach wie vor geneigt, sich über die Einsetzung des Committee hinwegzusetzen und fordern zumeist eine Regelung ihrer Ansprüche sofort und an Ort und Stelle wie z. B. in den schottischen Plätzen und nach Beilegung des Kesselschmiedestreiks am Mersey.

—e—

Japanische Sorgen

Die umgeschlagene Konjunktur

Im Augenblick, als Japan seinen glänzendsten Handelsausweis (f. d. erste Halbjahr 1917) veröffentlicht, habe ich bereits in einem längeren Aufsatz (Nr. 35 u. 36) auf den wirtschaftlichen Umschwung in Japan hingewiesen. Was dort (vgl. insbesondere Schluß S. 621) über Transportkrise, Wirkung der Ein- und Ausfuhrverbote der Verbündeten und die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Stahlverweigerung durch Amerika gesagt ist, hat sich jetzt in den neueren Angaben der ostasiatischen Presse bestätigt. Zwar zeigen die finanziellen Ausweise der Regierung, der Banken und Unternehmungen im allgemeinen — wie sollte es anders sein — ein glänzendes Bild.

Auch der Handelsausweis zu Ende Juli (nach London und China Telegraph v. 13. 8.) ist noch vorzüglich (Werte in Mill. Yen):

Januar/Juli	Einfuhr	Ausfuhr
1917	525	847
1916	442	563

Der Gesamtüberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr erreichte am 20. August 366,5 Mill. Yen, die Goldnettoeinfuhr 175,7 Mill. Yen. Der Goldbestand wuchs auf 924 Mill. Yen (wovon 373 in Japan und 551 im Ausland, bezw. in Besitz der Regierung 318 und der Bank von Japan 601). Der Depositenstand der Vereinigten Banken von Tokio wird (Anfang August) mit 936,9 Mill. Yen in nie gesehener Höhe ausgewiesen.

Sieht man aber von diesen finanziellen und rückliegende Perioden umfassenden Ergebnissen weg und hält sich an die neuesten Zehntage-Handelsausweise, so findet man selbst in der Wertstatistik trotz der gerade in letzter Zeit enorm gestiegenen Warenpreise Reaktionserscheinungen. Der letzte verfügbare Ausweis vom 20. 8. weist nach: für die Ausfuhr zwar eine Zunahme um 20 % gegen den vorhergehenden, der indes einen Rückgang um 30 % gebracht hatte; für die Einfuhr eine Abnahme um 2,1 %, nachdem schon bei den früheren Ausweisen erhebliche Minderzufuhren (zuletzt 23 %) erkenntlich wurden.

So ist es kein Wunder, daß man in Japan nachdenklich wird. Unterm 21. 8. gibt Japan Advertiser ein Konjunkturbild, das meine frühere Darstellung bestätigt und ergänzt. Nach kurzem Hinweis auf die glänzenden finanziellen Abschlässe usw. führt das Blatt aus:

„Es muß bemerkt werden, daß das Exportgeschäft stark behindert war, erstens durch die knappen Fonds der Wechselbanken, zweitens den Sonnagemangel und drittens die erhöhten Produktionskosten und schließlich die Politik der Handelsbeschränkung in einigen Staaten.

Ausgesprochen zur Behebung der ersten Hemmung gab die Regierung diese Woche eine neue Anleihe aus, die zwar bereitwillige Aufnahme fand, doch muß das Resultat gering gewesen sein, denn der größte Teil soll für die zweite russische Anleihe in Japan verwandt werden.

Das zweite Hindernis hat gegenwärtig geringe Aussicht auf Beseitigung. Infolge des amerikanischen Stahlausfuhrverbots erhöhten die Schiffseigner ihre Charterätze; die führende Rate beläuft sich jetzt auf 45 Yen pro ton deadweight. Die Nippon Yusen Kaisha, die Nishin Steamship Company und andere Gesellschaften erhöhten ebenfalls ihre Frachtraten mit Genehmigung der Regierung.

Die schwerste aller Hemmungen war aber das russische Handelsverbot, gegen das die führenden Geschäftsleute eine Agitation eröffneten.

Die Beschränkung der Einfuhr Japans bedeutet den Ruin für seine Industrien. Diese Woche wurde gekabelt, daß Großbritannien eine Maßnahme traf, um seine Rivalen im Wollhandel zu ruinieren durch Monopolisierung auch der Südafrikanischen Wolle neben der australischen.

Amerikas Verbot war indes weitaus der schwerste Schlag für Japans Einfuhr, da es Eisen und Stahl ein-

schloß. Die führenden Geschäftsleute eröffneten sofort mit Unterstützung der Regierung eine Agitation gegen das Verbot, da ohne amerikanischen Stahl die japanischen Industrien ins Stocken geraten müssen und einige der wichtigsten Zweige mit dem Ruin bedroht sind.

Bei der Rundschau über die gegenwärtige Marktlage darf nicht übersehen werden, daß die Arbeitsunruhen wachsen. Die Ursache ist zum Teil in den neuerdings wachsenden Lebenshaltungskosten zu suchen, aber es ist gleichzeitig klar, daß das industrielle System des Landes einen fundamentalen Fehler hat, der die Unruhen verursacht. Wenn keine Abhilfe gefunden wird, kann es zu einem ernstlichen Wechsel im ganzen System kommen. Nach offiziellen Aufstellungen gab es in diesem Jahre bisher bereits 180 Streiks, an denen über 30 000 Arbeiter (Männer und Frauen) beteiligt waren. Verglichen mit vorigem Jahr bedeutet das eine Zunahme um 80 bzw. 20 000. Die größten Streiks dieses Jahres fanden auf der Mitsubishi Werft, in den Muroran Stahlwerken und bei der Fuji Cotton Spinning Company statt.

Im Vordergrund der hier ausgesprochenen Sorgen stehen die Maßnahmen der lieben Freunde, ganz besonders Amerikas. Zur Ergänzung der obigen kurzen Angaben muß noch einiges hinzugefügt werden.

Als im März England zu großen Außenhandelsbeschränkungen schreiten mußte und die Liste seiner Einfuhrverbote usw. veröffentlichte, konnte Japan noch durch eine schnelle diplomatische Aktion in London große Zugeständnisse erhalten (im Durchschnitt etwa 50 % der Einfuhr 1916 genehmigt). Immerhin wurde der Wirk- und Seidenwareneport Japans, der 1916 zu etwa 25 % nach England gegangen war, erheblich betroffen. Zu den Handelsbeschränkungen kamen aber auch die schwierigen Handelskontrollvorschriften und Monopolisierungstendenzen. So wurde in Japan die Aufhebung und teilweise Abernahme der Kaufkontrakte für Bohnen und Erbsen durch die englische Regierung sehr peinlich empfunden.

Dem englischen Beispiel folgten bald die europäischen Verbündeten.

Auch in den englischen Kolonien stellten sich ähnliche Schwierigkeiten ein. Australien verbot am 1. 7. die Einfuhr von Luxuswaren und Tee. Dazu kam das australische Wollmonopol der englischen Regierung, das Japan für seinen Bedarf von Südafrika abhängig machte, wo jetzt ebenfalls das Wollmonopol eingeführt werden soll.

Die südafrikanischen Schafzüchter sind freilich hiermit wenig einverstanden, wie Japan Adv. v. 18. 8. mitteilt. Ein Teil von ihnen lehnt das Monopol, das die Ablieferung der Wolle an die englische Regierung zu einem festen Preis (Durchschnitt v. 1913 zuzügl. 55 %) verlangt, aus politischem Gegensatz ganz ab. Andere verlangen einen höheren Abnahmepreis, da die vorgeschlagene Preisbemessung weit hinter den jetzigen Preisen zurückbleibe und die Farmer schwer schädige. Doch dürfte die englische Regierung hierzu nicht in der Lage sein, da sonst die australischen Züchter, die bereits zu niedrigen Preisen ihre Wolle abliefern mußten, mit Recht unzufrieden wären. Andererseits weiß man in Südafrika darauf hin, daß die Beschlagnahme völlig zwecklos wäre, da ja aus Sonnagemangel nicht einmal die australische Wolle nach England gebracht werden könne; sie würden also ohne Nutzen für England am lohnenden Verkauf ans Ausland gehindert. Trotzdem soll die südafrikanische Regierung fest entschlossen sein, sofort nach Abschluß der Verhandlungen in England rückwärtslos und nötigenfalls mit Requisitionen die Ablieferung der Wollschur durchzudrücken. England will sich also die Wolle für die Zukunft auf alle Fälle reservieren. Und mit dieser Rohstoffpolitik Englands muß Japan sich abfinden. Ob und welche Konzessionen es von England für die Versorgung seiner Textilindustrie erhält, muß die Zukunft lehren.

Auch der Indienhandel Japans ist in letzter Zeit beeinträchtigt. Die unentbehrlichen Baumwolleneinfäufe werden,

außer durch Sonnagemangel, sehr behindert durch die im Wirtschaftsdienst mehrfach erörterten schwierigen Zahlungsvverhältnisse in Indien. Auf der Malayen-Halbinsel legt England den Japanern durch das Grundstückserwerbsverbot Hindernisse in den Weg. Japan Adv. v. 14. 8. beklagt sich auch sonst über dortige Behinderung im Rautschuhhandel.

Amerikas wachsende Handelsbeschränkungen sind in den periodischen Berichten über „Kriegswirtschaft in den Vereinigten Staaten“ nachzulesen. Am bedrohlichsten ist die Abschneidung der japanischen Stahlzufuhr, über die anscheinend — trotz aller vorläufigen, widerspruchsvollen Meldungen — noch kein festes Abkommen erzielt werden konnte. Diese Frage ist wirtschaftlich und politisch so bedeutsam und derart mit militärischen Gesichtspunkten verquickt, daß ihre Lösung in eins zerfließt mit dem abzuschließenden amerikanisch-japanischen Bündnisvertrag über die beiderseitigen Kriegsaufgaben und die zukünftigen Beziehungen. Hiervon noch gesondert.

Sehr bedeutsam für Japan ist die Baumwollhandelsregulierung und die bevorstehende Einfuhrzollerhöhung in Amerika. Die Baumwollzufuhr ist für Japan unentbehrlich und die Verteuerung von Seide, Tee und anderen Erzeugnissen um 10 % des Wertes können dem Absatz nach Amerika erheblichen Abbruch tun. Hat doch jetzt schon, nachdem die Seidenpreise im Juli stark in die Höhe getrieben waren, im August der Seidenabsatz stark gelitten. England blieb fast ganz aus dem Markt und der Hauptkäufer Amerika hielt sich sehr zurück. Noch mehr ist man um den Seeabsatz in Sorge, wofür jetzt Amerika der einzige bedeutende Käufer ist.

Rußland hat, nachdem es schon vorher den Außenhandel stark eingeschränkt hatte, im August seine Grenzen für fremden Handel ganz geschlossen. Schon vorher war durch Valutaverhältnisse, Transportschwierigkeiten und Einstellung der Kriegsbestellungen der Export Japans nach Rußland sehr gering geworden. Die völlige Abschneidung wird aber in Japan doch schwer empfunden und es ist zum Teil hieraus erklärlich, daß die japanische Regierung sich so schnell bereit finden ließ, Rußland Kredit zu geben, damit die Heereslieferungen wieder aufgenommen werden können. Für Rußland soll das Verbot eine Entlastung der Wladiwostok-Linie gebracht haben, die nunmehr wieder vermehrte Fracht befördern könne.

Ringsum Japan wachsen also die Mauern, die seinen Handel einengen. Und wie sich die Dinge gestaltet haben, werden die Sorgen um die Beschaffung der unentbehrlichen Rohstoffe noch bedeutsamer als die Absaherfchwerungen. Im Vordergrund des Interesses stehen Wolle, Baumwolle, Eisen und Stahl.

Diese Erkenntnis kommt in der Veränderung der Valutapolitik zum Ausdruck. Journal of Commerce in New-York macht am 5. 9. aufmerksam auf den Beschluß der japanischen Wechselbanken, den japanischen Wechselkurs hinaufzusetzen, während die Bankpolitik bisher darauf ausging, im Interesse des japanischen Exports den Kurs niedrig zu halten. Offenbar so meint das Blatt, will man so den Import an Rohstoffen fördern und die Kapitalanlagen der Japaner im Ausland und die Aufnahme von Auslandsdarlehen in Japan zwecks Ableitung des japanischen Geldüberschusses begünstigen. Als erste setzte die Yokohama Specie Bank den amerikanischen Kurs Anfang September um $\frac{1}{8}$, von $50\frac{5}{8}$ auf $50\frac{3}{4}$ herauf.

Ähnlichen Zielen strebt auch die nominell am 18., tatsächlich am 14. August aufgelegte japanische Anleihe von 100 Mill. Yen nach, die in der Form von außerordentlichen Schahanweisungen (dreijährige Umlaufzeit) Stücke von 50 Yen bis 10 000 Yen steuerfrei, Ausgabekurs 98 %, Zins 5 % oder netto 5,78 %) auf den Markt gebracht wurde. Als Zweck

der Anleihe wurde offiziell angegeben: Gewährung von Mitteln an Rußland und Unterstützung der Wechselbanken. Da indes die im September fällige zweite Russische Anleihe (70 Mill. russische Schakanweisungen vom 25. 9. 16) zu Paris in Zahlung genommen wird, so kann kaum eine wesentliche Unterstützung Rußlands durch neues Geld und darüber hinaus noch ein Fonds zur Regulierung des Wechselkurses für die Wechselbanken dabei herauskommen. Im ganzen hat sich auch die Regierung das Recht auf Ausgabe von 200 Mill. Yen (100 Mill. mehr) im Juli vom Parlament zubilligen lassen. Bei der geringen Neigung des japanischen Publikums, sein Geld in diesen Zeiten in Regierungsanleihen anzulegen, hat man offenbar vorsichtigerweise, durch frühere Mißerfolge gewöhnt, nur die Hälfte auszugeben gewagt. Nach offiziellen Angaben soll am Schlußtage, dem 22. August, die Zeichnung, bei der die Regierung sich zum erstenmal direkt an das Publikum wandte, als gut geschätzt sein, doch ist Japan Advvertiser weniger zuverlässig. Wie dem auch sei, eine wesentliche Entlastung des Geldmarktes wird aus dieser Anleihe sich nicht ergeben.

In der englischen Presse tauchte übrigens unlängst die Meldung einer russischen Anleihe von 105 Mill. Rbl. in Japan auf. Es ist nicht ersichtlich, ob es sich hierbei um eine neue Aktion oder um die obige handelt, die im Grunde nur auf eine Prolongierung hinausläuft.

Von großer Bedeutung für den japanischen Geldmarkt ist das in Amerika am 10. September in Kraft getretene Verbot der Goldausfuhr. Wenn Amerika das Verbot strikt durchführt, wird die Regulierung der Handelsbilanz zwischen Amerika und Japan schwierig und im Anleihewege erfolgen müssen. Allerdings meint ein führender New Yorker Bankmann im „Wall Street Journal“ v. 10. 9., daß das Verbot in der Praxis nicht durchführbar sei, und daß die Goldausfuhr anhalten würde, da die Regierung zum Ausgleich der Zahlungsbilanz mit den Verbündeten (hier: Japan) die nötigen Lizenzen erteilen müssen. Auf alle Fälle haben die japanischen Bankiers in Amerika sofort in Washington lebhaft protestiert und auf die Notwendigkeit japanischer Goldzahlungen nach Indien für Baumwollbezüge hingewiesen, also das englische Interesse gegen Amerika ins Feld geführt. Bei dem Verbot dürfte Amerika neben der Wahrung seines Goldbestandes, der durch den Rückgang seines Exporthandels (ohne auf Kredit erfolgende Kriegslieferungen) gefährdet ist, auch sich ein weiteres Pressionsmittel gegen Japan haben schaffen wollen. Hierauf deutet auch die prompt auftauchende Nachricht hin, daß die japanische Regierung neuerdings einen besonderen japanischen Finanzbevollmächtigten nach Washington entsandt hat. Baron Ishii bedarf sachverständiger Unterstützung! Außerdem wird man so Japan zwingen wollen, sein Guthaben den Alliierten, namentlich England und Rußland im Anleihewege abzutreten.

Trotzdem Japan durch den Goldstrom in Schwierigkeiten geraten ist, wehrt es sich natürlich gegen die Beeinträchtigung seiner Forderungen durch indirekte Maßnahmen. Bezeichnend ist aber für die Komplizierung der Situation, daß Japan inzwischen selbst dem Beispiel Amerikas gefolgt ist, und ebenfalls die Gold- und Silberausfuhr verboten hat. Aborigens hatte, wie bei dieser Gelegenheit erwähnt sein mag, China schon Ende Juni die Gold- und Silberausfuhr (ohne Regierungslizenz) verboten.

So haben sich heute auch finanztechnisch die Schwierigkeiten, die sich zuerst bei den Zentralmächten fühlbar machten, auf den fernen Osten übertragen und drücken ihrerseits auf den japanischen Handel.

Auch auf dem Gebiete des Warenhandels ist Japan genötigt worden, dem Beispiel seiner Verbündeten zu folgen

und ebenfalls Ausführverbote zu erlassen. Am 15. Juni wurde die Ausfuhr von Zinn, Nickel, Mangan, Kobalt, Molybdän, Wolfram, Antimon, Mica und deren Erzen bzw. Verbindungen an eine Ausfuhrerlaubnis gebunden. Am 25. August wurde diese Liste durch Koksrußöl, Kopro, galvanisierte Eisenplatten und Stahlblech ergänzt. Soweit die mir zugänglichen Angaben.

Wichtiger aber ist die dem Landwirtschafts- und Handelsminister im August erteilte Vollmacht, den Warenverkehr zu kontrollieren. Bei übermäßigen Gewinnen, Preismanipulationen, Warenrückhaltung usw. kann der Minister die Kauf- und Verkaufsbedingungen festsetzen und zwar vorläufig bei folgenden Waren: Reis und anderes Getreide, Eisen, Kohle, Baumwolle, Baumwollgarn und -waren, Papier und medizinische Erzeugnisse. (L. & Ch. Tel. v. 17. 9.)

Den Anlaß zu dieser kriegsgemäßen Handelskontrolle gab die wilde Spekulation, die in den letzten Monaten in Japan einsetzte und alle Warenpreise in die Höhe schnellen ließ. Die Spekulation ist freilich nur für gewisse Ausschreitungen verantwortlich zu machen. Die Ursache der Lebensverteuerung wird natürlich durch einfache Regierungsanordnungen in Japan ebensowenig wie anderswo beseitigt.

Welchen Umfang die Steuerung angenommen hat, geht aus einem Wirtschaftsbericht aus Tokyo im Echo de Chine v. 29. 7. hervor. Dort heißt es: „Die unentbehrlichen Artikel des täglichen Bedarfs steigen in letzter Zeit enorm. Die Einkommen, mit Ausnahme in der Munitionsindustrie, stehen in keinem Verhältnis mehr zu den Lebenskosten. Ein allgemeiner Zuschlag von 20 % wäre gänzlich unzureichend. Die niedrigsten Einkommen müssen wenigstens um 50 % aufgebessert werden. Nach der Statistik der letzten vierzehn Tage (also 2. und 3. Juliwoche) sind die Preise um fast 48 % gestiegen. Streiks sind die Folge und ihre Zunahme wird erwartet.“

Das ist das Situationsbild, das eine Rundschau durch die neueste Presse des Ostens ergibt. Auch Japan, der letzte Kriegsgewinnler unter den Alliierten, beginnt die Lasten des Krieges kräftig zu fühlen. Die Konjunktur ist vorüber. Selbst sein Chinahandel geht infolge Frachtraummangel und innerchinesischer Zustände nach den neueren Quellen zurück.

Japan kann jetzt nicht mehr an Steigerung der Kriegsgewinne denken, sondern muß sorgen, wie es eine wirtschaftliche Katastrophe vermeidet, die ihm droht, wenn es nicht in Washington eine Verständigung erzielt. Dies ist einer der Punkte, über den in Amerika die Entscheidung fällt.

Die japanisch-amerikanischen Verhandlungen

Wenig beachtet wird die diplomatisch-militärische Mission, die Graf Ishii in Washington zu erfüllen hat. Offiziell ist die Aufgabe, eine Verständigung und freundschaftliche Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten zu schaffen.

Das könnte nichts weiter besagen, als einen Höflichkeitsbesuch, wie Joffre und andere ihn bei dem neuen Verbündeten machten. Die wahre Bedeutung wird einem aber klar, wenn man sich die vielfältigen Schwierigkeiten, die der Verwirklichung entgegenstehen, vergegenwärtigt.

Um kurz zu sein, nenne ich nur die geographischen Begriffe: Kalifornien, Mexiko, Philippinen, Südseeinseln, China, Russisch-Ostern. Die in diesen Namen eingeschlossenen japanischen Ziele kann man kurz etwa so erläutern: Japan spricht von Mexiko und meint: also laß mir China. Es sagt, ich behalte die Südseeinseln, und meint: ich tausche gegen die Philippinen.

Die kalifornische Frage ist wegen des Point d'honneur sehr hitzig, aber Japan kann sie jederzeit in den Hintergrund rücken,

wie man das heute grundsätzlich tut. Sie gehört nicht zu den Lebensfragen.

Der seit der russischen Revolution gewissermaßen herrenlos gewordene russisch-asiatische Besitz (Mandschurei, Mongolei, Sachalin und Sibirien selbst) wäre ein vorzügliches Kompensationsobjekt, wenn man sofort darüber verfügen könnte. Das verbietet sich, da der Eigentümer leider noch lebt und im Interesse seiner Freunde noch weiter leben und sterben muß. Zukunftsverträge ohne reale Garantien stehen heute aber, nach allen Kriegserfahrungen, nicht hoch im Kurs. Wenn allerdings die neuerlich verbreitete Meldung, daß die russische Regierung zu Zugeständnissen im Osten bereit ist, sich bestätigen sollte, so wäre das ein Zeichen dafür, daß man in Washington der Lösung der Gegensätze auf Kosten des wehrlosen Dritten einen wesentlichen Schritt näher gekommen ist. Aber selbst bei weitgehendem Zuwachs in Russisch-Asien würde Japan auf China nicht verzichten wollen. Baumwolle und Eisen, das erkennt es deutlicher als je, sind Fundamentalbedürfnisse seiner Industrie. In China kann es sie allein sicher und reichlich in die Hand bekommen. Nur mit Chinas Beherrschung vermag es sich für die Zukunft wirtschaftlich und militärisch auf eigne Füße zu stellen. Diese Rohstofficherung ist für Japan die Lebensfrage der Zukunft. Für Amerika dagegen ist China ein Absatzgebiet, das — nach den wirtschaftlichen Veränderungen des Krieges — weit wichtiger wird als vorher. Aber China wird man sich nicht leicht verständigen.

Neue Ursache zu Verstimmungen gaben dann die wirtschaftlichen Maßnahmen Amerikas und vor allem das Stahlausfuhrverbot. Hier wurde Japan an seinem Lebensnerv berührt und so ist es kein Wunder, daß ganz Japan in Erregung kam. Die Presse schrieb lange Artikel, Wirtschaftsverbände faßten Resolutionen, die führende Schiffsfahrts- und Importwelt gründete eine besondere „League for the Release of American Steel Exports“ usw. Die Regierung erteilte natürlich Itchii sofort neue Instruktionen.

Gleichzeitig aber sucht man zu beruhigen. Der Minister des Auswärtigen, Motono, erklärte am 22. 8.: „Die Regierung wird eine Verständigung erzielen, wonach Japan ein Jahresfrum zugeteilt wird, wenn dies auch nicht so groß sein wird, wie die japanischen Stahlinteressenten wünschen“.

Daß aber die Verhandlungen in Washington nicht so glatt von statten gingen, mag man daraus ermesen, daß eine parlamentarische Mission von fünf Abgeordneten aller Parteien (darunter Mochizuki, der den Austausch der Südseeinseln gegen die Philippinen anregte) am 18. September nach Amerika reisen sollte zwecks Aufklärung Amerikas über die japanischen Verhältnisse und zum Studium der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verhältnisse Amerikas, ferner zur Herbeiführung einer besseren Verständigung zwischen beiden Nationen. Man will volle 10 Tage in den Städten des Westens (mit verteilten Rollen) sich orientieren, um dann über Chicago nach Washington und Newyork zu fahren, an welchen Orten man auf dreiwöchigen Aufenthalt rechnet; alsdann nach New-Orleans usw. und zurück.

Die Zweckangabe der Reise deckt sich mit den Zielen, die auch bei der Itchii-Mission genannt wurden. Offenbar genügt für die weittragenden Abmachungen die Garantie eines rein diplomatischen Vertrages nicht und man will den Vertrag daher im Entstehen auf eine volkstümliche parlamentarische und daher haltbare Grundlage stellen.

Zur Ergänzung der aus Diplomaten, Militärs und vor allem Marineleuten (wegen der wichtigen Flotten- und Schiffsfahrtsfragen) bestehenden Itchii-Mission wurde ungefähr zu gleicher Zeit (17. 9.) die Entsendung eines Finanzberaters beschlossen. Schließlich berichtet die Newyorker Evening Post v. 18. 9. noch von einer halbamtlichen, großen wirtschaftlichen

Kommission, die unter Führung von Baron Sanetaro Megata im Oktober nach Amerika gesandt wurde. Neben Regierungssachverständigen würden hauptsächlich führende Bankiers und Geschäftsleute beteiligt sein.

Es ist wohl ausgeschlossen, daß alle diese Gesandlinge Japans nur deswegen nach Amerika fahren, um post festum zu sanktionieren und zu popularisieren, was Graf Itchii und seine militärischen und Marineberater abgemacht haben. Vielmehr besteht alle Wahrscheinlichkeit, daß die Probleme sich als viel zu verwickelt und viel zu weittragend erwiesen haben, als daß Graf Itchii ohne Heranziehung der führenden Personen aus Parlament und Wirtschaftsleben den Vertrag zum Abschluß bringen könnte. Demgemäß ist es auch unwahrscheinlich, daß der Abschluß schon jetzt erfolgt sein sollte.

Die in letzter Zeit verschiedentlich aufgetretenen Meldungen über erfolgte Beschlüsse gehen so sehr auseinander, daß sie fast den Eindruck von Versuchsballons machen, die von den aktiv und namentlich den passiv Beteiligten aufgelassen werden. Immerhin ist es denkbar, daß die Grundzüge der Verständigung bereits skizziert sind, vor allem die dringliche Frage der Kriegshilfe Japans. Da nach dem Programm in diesen Tagen die Parlamentarier in Washington weilen, wird man vielleicht zu Ende Oktober auf den Abschluß der Verhandlungen rechnen dürfen.

Ist bisher die Bedeutung der japanischen Mission vom Standpunkt der japanisch-amerikanischen Beziehungen beleuchtet, so muß noch darauf hingewiesen werden, daß ihre Aufgabe darüber weit hinausgeht.

Die Abmachungen über die verschiedenen Interessengebiete sind natürlich von größter Bedeutung auch für andere Mächte. Von Russisch-Asien ganz abgesehen, berührt ein Abkommen über China ganz besonders England. Und es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß England, nachdem es in der chinesischen Auseinandersetzung mit Japan an einem Strang gezogen hat, bei den jetzigen Abmachungen irgendwie beteiligt ist. Ebenso bei den Südseeinseln, die Japan bedenklich nahe an Australien bringen.

Brennender sind aber für England und seine Verbündeten die Fragen der japanischen Kriegshilfe, Truppen, Kriegsmaterial, Flottenunterstützung, Geld, Schiffsraum.

Es ist noch nicht lange her, daß Japan eine aktive Kriegsbeteiligung durch Truppen als nicht beabsichtigt erklärte. Denkbar wäre sie an drei Fronten: Rußland, Frankreich, Mesopotamien. Bei der ausgesprochenen Sympathie Japans für die Türken als asiatische Nation ist die letztere von vornherein auszuschalten. Japan würde nie seine panasiatische Propaganda auf solche Weise kompromittieren wollen.

Die vielgeforderte Beteiligung Japans an der Russenfront stößt auf ein bei dem jetzigen Zustand auf viele Monate hinaus unübersteigliches Hindernis, nämlich die Unzulänglichkeit der transsibirischen Bahn und der innerrussischen Verkehrsmittel. Wenn die Sibirienbahn schon nicht mehr die Kriegsmaterialtransporte für die russische Armee leisten konnte, wird sie noch viel weniger nebenher eine nennenswerte japanische Armee an die Russenfront schaffen und unterhalten können; ganz abgesehen davon, daß Rußland, wie in Japan immer wieder betont wird, Soldaten genug zur Verfügung hat. Hier käme also höchstens die Stellung von neuen Spezialtruppen in Frage.

bleibt die Westfront. In diesen Tagen, in denen man in Amerika alle erreichbaren Schiffe raubt, um der jetzigen Schiffsraumnot Herr zu werden und bestenfalls selbst später Truppen entsenden zu können, wird man sich kaum große Illusionen machen über die Möglichkeit, eine ungleich größere Tonnage für die gleichzeitige Heranschaffung und Unterhaltung ent-

sprechender japanischer Truppenmassen aus dem fernen Osten zu beschaffen. Nur die äußerste Not könnte zu einer solchen militärischen Gewaltanstrengung führen, der sehr schnell, falls der Erfolg nicht unmittelbar einträte, der wirtschaftliche Zusammenschluß der Gemeinschaft der Alliierten infolge mangelnder Tonnage für den wirtschaftlichen Bedarf folgen müßte.

Wie man das Problem der japanischen militärischen Hilfe auch ansieht, es erscheint unlösbar.

Die Flottenhilfe der Japaner könnte zweifellos ausgedehnt werden. Japan unterhält in englischem Auftrag drei Kreuzerflottillen und zwar je eine im Südpazifik, im indischen Ozean und im Mittelmeer. Letztere ist erst unlängst verstärkt worden. Bald darauf erklärte der japanische Marineminister ausdrücklich, daß die Entsendung weiterer Kriegsschiffe — nach Gibraltar oder in europäische Gewässer, ausgenommen das Mittelmeer — nicht stattfinden würde. Immerhin ist es denkbar, daß England, wenn die Not es zu einer Verzweigungssaktion seiner Flotte drängt, auf der Beteiligung auch der anderen Flotten bestehen wird, um die unvermeidlichen Verluste zu verteilen und das Kräfteverhältnis zur See möglichst zu wahren.

Demgemäß erscheint eine größere aktive Kriegsbeteiligung Japans wenig wahrscheinlich. Wichtige Dienste kann es aber leisten als Kriegslieferant, Geldgeber und Frachtfahrer. Hierum dürften sich auch hauptsächlich die Verhandlungen drehen. Neues Kriegsmaterial aller Art nach Rußland zu liefern, gegen Kredit natürlich, und darüber hinaus noch seine Dollarguthaben in Amerika den Engländern zur Hebung des Sterlingkurses zur Verfügung zu stellen — das dürften Japans vornehmste Aufgaben werden. Daneben wird es vielleicht einigen Schiffsraum an die Entente abgeben müssen, für die Vereinigten Staaten die russischen Kriegsmateriallieferungen nach Wladiwostok schaffen und überhaupt Amerikas pazifischen Schiffsbedarf decken helfen müssen, damit dieses seine pazifische Tonnage zum Atlantik bringen kann. Da Japan selbst, wie wir in Nr. 35 und 36 sahen, sehr unter Schiffsraumangel leidet, werden diese Ansprüche wirtschaftlich außerordentlich nachteilig wirken. Die Zeit der Opfer, riesiger Opfer, ist gekommen.

*

Chronik der Kriegsfinanzen

Nach den Angaben des Finanzministers, die zwar von früheren offiziellen Angaben zum Teil erheblich abweichen, in ihrer Detaillierung jedoch einen vertrauenswürdigen Eindruck machen, beliefen sich die Kriegsausgaben Rußlands am 1./14. September 1917 auf 41 392 Mill. Rbl., die sich folgendermaßen verteilen (in Mill. Rbl.):

Heer	30 944,6
Flotte	2 057,9
Militärische Unterstützungen der Soldatenfamilien	3 664,1
Konstruktion militärischer Bahnen	369,3
Verbesserung des bestehenden Militärbahndienstes	1 172,7
Bau von Lokomotiven und Waggonen	617,6
Hafenbauten	115,2
Ausbau der Flußwege und Landstraßen	79,7
Ausbau des Post- und Telegraphendienstes	122,4
Unterstützung der Kriegsflüchtlinge	569,5

Mit der Fortdauer des Krieges stiegen die Ausgaben erheblich, und zwar (in Mill. Rbl.):

bis zum 1. Januar 1915 auf ..	2 546
„ „ 1. „ 1916 „ ..	11 921
„ „ 1. „ 1917 „ ..	27 188
„ „ 1. Septbr. 1917 „ ..	41 393

Das ist die Bedeutung der Konferenz in Washington für Japan, Amerika, die Gesamtheit der Alliierten und den Kriegsausgang.

Der Ausgang der Verhandlungen hängt von dem Kräfteverhältnis ab. Wirtschaftlich ist, wie schon früher hervorgehoben Japan der schwächere Partner. Es braucht Rohstoffe von seinen Verbündeten, besonders Stahl von Amerika. Militärisch genommen ist Japan augenblicklich der Stärkere. Amerika breucht freien Rücken im Pazifik. Japans Übertritt auf die gegnerische Seite bedeutet für seine Verbündeten, darüber ist wohl kein Zweifel, den Verlust des Weltkrieges. Aber was wollte Japan gegen die Wut seiner verratenen Verbündeten ausrichten? Würde Deutschland nach diesem Kriege, um Japan zu schützen, einen neuen Weltkrieg heraufbeschwören, wenn England und Amerika zur Abrechnung im Osten schritten? Würde es überhaupt die Kraft haben, es zu schützen, oder auch nur die wirtschaftliche Möglichkeit, ihm Waffen und Rohmaterial in den für einen längeren modernen Krieg erforderlichen Mengen zu liefern? Auf welchem Wege? Die Fragen stellen, heißt sie verneinen. Vom militärischen Zukunftsstandpunkt aus gesehen ist Japan also wieder der schwächere Teil. Und ebenso vom wirtschaftlichen Zukunftsstandpunkt. Ehe China soweit ist, daß es Japans Rohstoffbedarf garantieren kann, vergehen Jahre. Aber unmittelbar nach dem Krieg kommt der Wirtschaftskrieg, ob in offener oder versteckter Form. Dann muß Japan um seine Rohstoffe ringen mit den abgeschlossenen Wirtschaftszweigen. Hierfür muß es schon jetzt Vorsorge treffen, damit es nachher nicht isoliert dasteht.

Wie die Dinge liegen, müssen beide Parteien zu einer Verständigung kommen, und zwar zu einer Verständigung mit allen Garantien der Innehaltung in Gegenwart und Zukunft. Die Auseinandersetzung ist außerordentlich schwierig. Aber neben dem beiderseitigen Bewußtsein der Notwendigkeit einer Verständigung wirkt ausgleichend die Vermittlung und, wenn nötig, der Druck des gemeinsamen Verbündeten England. Dies kann die Kräfte gegeneinander auspielen und wird schließlich den Segen über den Bund sprechen.

Dr. Paul Heile

Seit Kriegsausbruch, als der Fiskus auf die bedeutenden Einnahmen aus dem Verkauf alkoholischer Getränke verzichtete, waren die budgetmäßigen Einnahmen nur sehr gering: 2898 Mill. Rbl. 1914 und 2828 Mill. Rbl. 1915. 1916 erst erhöhten sie sich durch die Einführung neuer Steuern und die Erhöhung bestehender auf 3975 Mill. Rbl. Demnach beliefen sich die etatsmäßigen Einnahmen während der ersten drei Kriegsjahre auf 9701 Mill. Rbl. Bei Hinzurechnung der bei Kriegsausbruch im Schaumamt befindlichen Überschüsse ergibt sich eine Gesamtsumme von 10 567 Mill. Rbl. Die Gesamtausgaben beliefen sich während des gleichen Zeitraums auf 36 380 Mill. Rbl., wovon 27 188 Mill. Rbl. Kriegsausgaben und 9192 Mill. Rbl. andere Ausgaben waren. Das Defizit von beinahe 26 Milliarden Rbl. erhöht die öffentliche Schuld von 9 Milliarden bei Kriegsausbruch auf 35 Milliarden Anfang 1917. Während der ersten acht Monate des laufenden Jahres bedangen die Kriegsausgaben 14,2 Milliarden. Ferner werden für 1917 ungefähr 2 Milliarden Rbl. für Ausgaben, die nicht unmittelbar mit dem Kriege zusammenhängen, beansprucht. Die Maßnahmen der Provisorischen Regierung zur Deckung des Defizits bestanden in der Erhöhung der Einkommensteuerlaste. Neu eingeführt wurde eine einmalige Kriegsteuer, die Kriegsgewinnsteuer wurde erhöht, ebenso die Person- und Gütertarife der Eisenbahnen. Vor-